



# ABTTT nahm an der 49. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats teil



ABTTT nahm an der Abschlussitzung des allgemeinen regelmäßigen Überprüfungsverfahrens (UPR) teil, bei der Griechenland überprüft wurde, und präsentierte ihre Empfehlungen zu Fragen der Anerkennung der ethnisch türkischen Identität der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, der Wiederherstellung der Bildungs- und Religionsautonomie und die Vollstreckung der EGMR-Urteile bezüglich der Vereinigungsfreiheit.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTT) nahm an der Arbeitssitzung mit dem Titel „Ergebnisse des allgemeinen regelmäßigen Überprüfungsverfahrens (UPR)“ als Teil der Tagesordnung der 49. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UN) teil, die vom 28. Februar-1. April 2022 stattfindet.

ABTTT, die einen besonderen Konsultativstatus mit dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat besitzt, nahm am 23.-24. März 2022 an der Abschlussitzung des UPR-Verfahrens teil, bei der die Ergebnisse der 3. Zyklusüberprüfung Griechenlands diskutiert wurden, und präsentierte ihre Empfehlungen in Bezug auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien.

## INHALT

ABTTT nahm an der 49. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats teil **Seiten 1-2**



In unserer Region West-Thrakien werden gefährliche Spiele gespielt! **Seite 3**



ABTTT nahm am Treffen der EP-Intergruppe für Minderheiten teil **Seite 4**



ABTTT nahm am zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension der OSZE teil **Seite 5**



ABTTT reichte beim Menschenrat der Vereinten Nationen eine schriftliche Erklärung ein **Seite 6**



Nationale Minderheiten in Europa und die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien waren die Besprechungsthemen bei dem Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“ **Seite 7**



Das Ministerkomitee des Europarats ermahnte unser Land Griechenland erneut! **Seite 8**



UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes veröffentlichte seine abschließenden Bemerkungen zu Griechenland **Seite 9**



Abhörskandal offenbarte den Einfluss des Schattenstaats in Griechenland auf die Regierungsführung des Landes **Seiten 10-11**



Skandalöse Äußerung des zweiten stellvertretenden Präsidenten des griechischen Parlaments Athanasiou **Seite 11**



Wir verurteilen auf das Schärfste den rassistischen Angriff auf einen türkischen Jugendlichen in Xanthi! **Seite 12**



Melek Kırmacı Arık, Direktor für internationale Angelegenheiten von ABTTF, nahm an dem Meeting in Genf teil, bei dem die Ergebnisse der Überprüfung Griechenlands durch die UPR-Arbeitsgruppe am 1. November 2021 behandelt wurden. Nach der Überprüfung Griechenlands im letzten November hatte ABTTF einen Parallelbericht zu dem von Griechenland vorgelegten Staatenbericht erstellt. In ihrem Bericht hatte ABTTF alle Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien aufgeführt und Griechenland ihre Empfehlungen vorgelegt. ABTTF verfolgte auch die am 23. März 2022 stattgefundenen Abschlusssitzung und präsentierte ihre Empfehlungen zu den Problemen der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien hinsichtlich der Ergebnisse der Überprüfung Griechenlands.

Bei der Sitzung am 23. März 2022 gab Griechenland an, dass es nach der Überprüfung am 1. November 2021 den von der UPR-Arbeitsgruppe vorgelegten Bericht sowie die Empfehlungen der Mitgliedsstaaten des UN-Menschenrats im Rahmen des UPR-Verfahrens sorgfältig überprüft hat. Griechenland sagte, dass es 219 der 239 Empfehlungen akzeptiert hat, und fügte hinzu, dass es als Teil seines Vertrauens ins UPR-Verfahren vor der nächsten Überprüfung einen Zwischenbericht vorlegen wird.

Bei dieser Sitzung meldete sich die Türkei zu Wort und sagte, dass Griechenland keine der von der Türkei vorgelegten Empfehlungen hinsichtlich der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien akzeptiert hat, und fügte hinzu, dass die Probleme der türkischen Gemeinschaft in Bezug auf Bildung, Religion und Vereinigungsfreiheit weiter bestehen, und Griechenland die EGMR-Urteile in Bezug auf die Vereine der türkischen Gemeinschaft seit 14 Jahren nicht vollstreckt hat. Die Türkei wies auch darauf hin, dass vor Kurzem ein türkischer Friedhof in West-Thrakien zerstört wurde, um einen Fußballplatz zu bauen. In seinen Schlussbemerkungen wies Grie-



chenland darauf hin, dass es sich weiterhin an das Völkerrecht und alle wichtigen Menschenrechtsdokumente, einschließlich der internationalen Minderheitenstandards, halten und den Lausanner Vertrag von 1923, der die Lebensgrundlage für die muslimische Minderheit sichert und sie bereichert, vollständig umsetzen wird.

ABTTF reichte dem UN-Menschenrechtsrat auch eine schriftliche Erklärung über die Ergebnisse des UPR-Verfahrens in Bezug auf Griechenland ein und legte ihre Empfehlungen zu Fragen der Anerkennung der ethnisch türkischen Identität der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, der Wiederherstellung des Bildungs- und Religionsautonomie und die Vollstreckung EGMR-Urteile bezüglich der Vereinigungsfreiheit vor. Darüber hinaus kritisierte ABTTF die Identifizierung der türkischen Gemeinschaft auf Rhodos und Kos als muslimisch griechische Staatsbürger durch Griechenland und stellte fest,

dass die türkische Gemeinschaft auf Rhodos und Kos keine Möglichkeit auf Bildung in ihrer Muttersprache hat und ihre eigenen religiösen Oberhäupter nicht wählen kann

Bei der Abschlusssitzung brachte ABTTF in ihrer an den UN-Menschenrechtsrat eingereichten mündlichen Präsentation ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass Griechenland keine der Empfehlungen bezüglich der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien und der türkischen Gemeinschaft auf Rhodos und Kos akzeptiert hat. ABTTF erklärte, dass der griechische Staat in alle Bereiche der durch den Lausanner Vertrag sichergestellten Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien eingreift, und fügte hinzu, dass die ethnisch türkische Identität der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien nicht anerkannt wird und daher die Vereine mit dem Wort „Türkisch“ in ihrem Namen geschlossen werden. Darüber hinaus erinnerte ABTTF daran, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zwar in den drei Fällen, die als Fallgruppe Bekir-Ousta und andere bekannt sind, Griechenland verurteilte, aber Griechenland diese EGMR-Urteile seit 14 Jahren noch immer nicht vollstreckt hat.



# In unserer Region West-Thrakien werden gefährliche Spiele gespielt!

Liebe Leserinnen und Leser,

in unserem Land erleben wir seit einem Monat solche Tage, die als Skandal in die Geschichte eingehen werden.

Als bekannt wurde, dass Nikos Androulakis, Vorsitzender der PASOK-KINAL-Partei und Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP), und der Journalist Thanasis Koukakis vom griechischen nationalen Geheimdienst (EYP), der unter den Verantwortungsbereich des Premierministers Mitsotakis fällt, telefonisch überwacht wurden, schlug ein wie eine Bombe in unserem Land.

Nachdem der Abhörskandal öffentlich wurde, löste die Äußerung des Premierministers Mitsotakis ernsthafte Diskussionen über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Lande aus, da sie auch den Einfluss „dunkler Mächte“ innerhalb des Staates ans Tageslicht brachte.

In dieser Periode als die Diskussionen sehr hitzig waren, erstreckte sich der Abhörskandal auch auf unsere Region. Charalampos Athanasiou, Abgeordneter der Partei Nea Dimokratia und zweiter stellvertretender Präsident des griechischen Parlaments, spielte auf die türkischen Abgeordneten im griechischen Parlament und sagte, dass unsere Abgeordneten legal abgehört werden können, wenn die nationale Sicherheit Priorität hat.

Erst Mitsotakis, dann Athanasiou sagten, dass das Abhören legal ist. Die telefonische Überwachung von Androulakis wurde in einer Zeit, in der vorgezogene Neuwahlen auf der Tagesordnung stehen, bekannt, und ich glaube, dass die Partei Nea Dimokratia seit ihrer Regierungsübernahme so handelt, dass sie Abgeordneten anderer Parteien im Parlament, Journalisten und Menschen auf der Straße nicht vertraut.

Als der Abhörskandal bekannt wurde, schritt auch die EU-Kommission ein und forderte die Regierung auf, diesen Skandal zu untersuchen.

Im Parlament wurden Maßnahmen ergriffen, zur Untersuchung des Skandals einen Ausschuss einzusetzen. Obwohl die Regierungspartei im Parlament eine Mehrheit hat, scheint es nicht möglich, diesen großen Skandal zu vertuschen. In Anbetracht dessen, dass die politische Unterstützung für Mitsotakis abgenommen hat, sind wir gespannt, wann die Regierung vorgezogene Neuwahlen ausrufen wird.

Während dieser Skandal in der Politik des Landes heftig diskutiert wird, haben in jüngster Zeit in unserer Region ausgrenzende Äußerungen und Praktiken gegen uns noch mehr zugenommen. Während die Regierungspolitik uns gegenüber, die uns als Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes betrachtet, in Wort und Tat weitergeht, scheint so, dass in den Medien eine Kampagne gegen uns geführt wird. In der Vergangenheit wurden wir von den politischen Parteien und Politikern in unserem Land zur Zielscheibe gemacht und als Bedrohung dargestellt, je nach Entwicklung in den bilateralen Beziehungen zwischen unserem Land und unserem Mutterland Türkei. Jetzt wurden dazu Diskurse hinzugefügt, die versuchen, die Bedrohungswahrnehmung bezüglich unserer Region zu verfestigen, zwecks politischer oder wissenschaftlicher Karriere.

Es wird versucht, in unserem Land eine Atmosphäre der Angst zu verbreiten, indem es behauptet wird, dass unsere Präsenz in unserer Region eine Bedrohung darstellt.

Warum? Weil wir Türken sind! Warum? Weil, wie die griechisch-orthodoxe Minderheit in unserem Mutterland Türkei, wir im Dialog mit unserem Mutterland stehen. Warum? Weil wir gemäß den Abkommen unsere Bildungsrechte in unseren Schulen fordern! Warum? Weil die türkische Presse in unserer Region den dortigen Menschen über die Ungerechtigkeiten gegen unsere Gemeinschaft berichtet! Warum? Weil wir sowohl unserer Region als auch unserem Land in der Politik durch verschiedene politische Parteien im Lande dienen wollen!

Mit anderen Worten, wir wollen weiter existieren, indem wir unseren Status und unsere Rechte als Türken beanspruchen! Und gleichzeitig wollen wir unserem Land dienen und für unser Land arbeiten! Aber weil wir Türken sind, werden wir immer misstrauisch behandelt, und einige Politiker und Kreise behaupten weiter, dass dies eine Bedrohung darstellen könnte!

Wir sind daran gewöhnt, dass einige lokale Zeitungen in unserer Region uns ausgrenzen und als Bedrohung darstellen, indem sie ständig Nachrichten über die Türkei und die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien publizieren.

Aber eine weitere auffallende Entwicklung ist, dass in letzter Zeit viele Nachrichtenportale in unserer Region gegründet, die nur negative Nachrichten über die Tür-



kei und unsere Gemeinschaft publizieren, indem sie die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Deren Ziel ist es, Angst in der Region zu verbreiten, und dadurch provokative Aktionen auszulösen!

Tatsächlich wurde vor ein paar Tagen in Xanthi ein türkischer Jugendlicher von einer Gruppe von 20 Menschen angegriffen. Die Angreifer riefen dabei „Dreckiger Türke, nächstes Mal bringen wir dich um“. Ich wünsche unserem Jugendlichen gute Besserung und alles Gute!

Diese provokativen Handlungen sind sehr gefährlich! Stellen Sie sich vor, ähnliche Ereignisse hätten in Komotini, Maronia-Sapes oder Iasmos in Rodopi und Avdira oder Myki in Xanthi stattgefunden!

Ist sich die Regierung dieser gefährlichen Situation nicht bewusst? Während die Regierung gerade eine schwierige Zeit sowohl in Bezug auf die Innenpolitik als auch auf die bilateralen Beziehungen durchmacht, muss sie sehr vorsichtig sein und eine Sprache verwenden, die vereint, nicht spaltet! Sie muss Diskurse und Politiken hervorbringen, die das Vertrauen der Menschen in unserer Region und in unserem Land in den Staat und die Regierung stärken!

An das Gegenteil wollen wir gar nicht denken!

Mit herzlichen Grüßen

Halit Habip Oğlu  
ABTTF Präsident

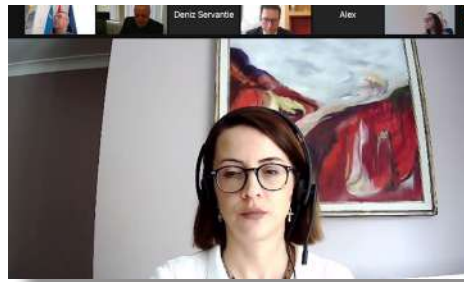
# ABTTF nahm am Treffen der EP-Intergruppe für Minderheiten teil

In ihrer Präsentation bei dem Treffen brachte ABTTF die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich zur Sprache.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) nahm am 7. April 2022 an dem Treffen der Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im Europäischen Parlament (EP) teil, das online stattfand. Melek Kırmacı Arık, Direktorin für internationale Angelegenheiten von ABTTF, nahm an dem Treffen teil und hielt eine Präsentation über die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Mangel an zweisprachigen Minderheitenkindergärten in West-Thrakien, in denen in türkischer und griechischer Sprache unterrichtet wird.

Das Treffen, an dem ca. fünfzig Personen teilnahmen, wurde von den Ko-Vorsitzenden der Intergruppe, François Alfonsi (MdEP, Frankreich) und Loránt Vincze (MdEP, Rumänien), moderiert.

In der ersten von Alfonsi moderierten Sitzung wurde diskutiert, wie die regionale Autonomie als eine Alternative auf die Lösung von Konflikten sowie auf die Sicherung der sprachlichen und kulturellen Rechte der sprachlichen Minderheiten auswirken könnte. Fredrik Karlström, Minister für Industrie und Handel in der Åland-Regierung, und Sia Spiliopoulou Åkermark, Direktorin des Åland-Friedensinstitutes, sprachen in dieser Sitzung über die Geschichte und den aktuellen Stand der Autonomie in der Region Åland, wo die schwedischsprachige Gemeinschaft in Finnland lebt.



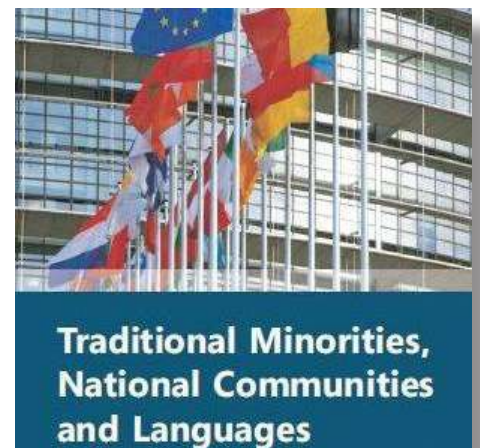
Melek Kırmacı Arık, Direktorin für internationale Angelegenheiten von ABTTF, hielt in der zweiten von Vincze moderierten Sitzung eine Präsentation und stellte fest, dass Griechenland die „türkische“ Identität der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien nicht anerkennt und ständig in ihre Bildungsautonomie eingreift. Kırmacı Arık wies darauf hin, dass die türkischen Grundschulen in der Region West-Thrakien in den vergangenen Jahren von den griechischen Behörden aufgrund unzureichender Schülerzahl eine nach der anderen geschlossen wurden, und erklärte, dass die Vorschulerziehung in Griechenland zwar obligatorisch ist, aber keine zweisprachigen türkischen Kindergärten in West-Thrakien errichtet werden dürfen, und dass den Kindern der türkischen Gemeinschaft das Recht auf eine gute Ausbildung in ihrer Muttersprache Türkisch vorenthalten wird.



Darüber hinaus wies Kırmacı Arık darauf hin, dass die Worte „Türkische Gemeinschaft in West-Thrakien“ im Originaltitel der Petition über den Mangel an zweisprachigen türkischen Kindergärten in West-Thrakien, die von Ozan Ahmetoğlu, Elternteil eines Schülers, dem

EP-Petitionsausschuss eingereicht wurde, entfernt wurden, nachdem es in der Sitzung des Ausschusses am 10. Januar 2022 über die Petition debattiert worden war. Kırmacı Arık erläuterte auch ausführlich das Problem der zweisprachigen Kindergärten, da der EP-Petitionsausschuss die Petition für Stellungnahme darüber an den EP-Ausschuss für Kultur und Bildung gesandt hat.

Kırmacı Arık rief Griechenland auf, die Bildungsautonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien zu respektieren, und forderte die griechischen Behörden auf, die Anträge auf Errichtung zweisprachiger türkischer Kindergärten im Rahmen des Schulsystems der türkischen Minderheit sowie auf Eröffnung zweisprachiger privater Kindergärten in West-Thrakien zu genehmigen.



Während der Fragen-und-Antworten-Sitzung im Anschluss an die Präsentation wies Vincze darauf hin, dass die MdEPs aus Griechenland die Existenz einer türkischen Minderheit in Griechenland leugnen und es fast unmöglich ist, mit ihnen einen Dialog aufzubauen. Alfonsi stellte fest, dass sie als MdEPs das Vorgehen Griechenlands gegenüber der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien verurteilen sollten.



## ABTTF nahm am zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension der OSZE teil

Bei dem Treffen brachte ABTTF Hassreden, insbesondere in Politik und Medien, sowie die strukturelle und systematische Diskriminierung gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien in Griechenland zum Ausdruck.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) nahm am zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) teil, das vom 28.-29. März 2022 in der österreichischen Hauptstadt Wien stattfand, und vertrat die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien.

Deniz Servantie vom ABTTF Brüsseler Büro nahm an dem Treffen zum Thema „Internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen“ teil, das vom polnischen OSZE-Vorsitz und dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) organisiert wurde.

Die Vertreter und Vertreterinnen der OSZE-Teilnehmerstaaten, OSZE-Institutionen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie Fachwissenschaftler und Fachwissenschaftlerinnen nahmen an dem Treffen teil, das mit den Eröffnungsreden des Außenministers Polens Zbigniew Rau und des OSZE/ODIHR Direktors Regisseur Matteo Mecacci begann.

Auf der zweiten Sitzung des Treffens mit dem Titel „Untersuchung



und Dokumentation von Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsnormen“ ergriff ABTTF das Wort und unterstrich, dass Griechenland die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien nicht als eine nationale Minderheit anerkennt und ihre „türkische“ Identität ablehnt. ABTTF fügte hinzu, dass Hassreden in der Politik Teil der strukturellen und systematischen Diskriminierung gegen die türkische Gemeinschaft sind.

ABTTF wies darauf hin, dass sie jedes Jahr regelmäßig der OSZE über die Hassreden und Hassverbrechen gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien berichtet, auf die im OSZE-Bericht über Hassverbrechen verwiesen werden, und rief die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, Unterstützungs- und Schulungsprogramme für Personen oder Gruppen mit unterschiedlichem Hintergrund zur Verbesserung der

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen bei der Berichterstattung und Datenerhebung durchzuführen, um sicherzustellen, dass sich Regierung und Zivilgesellschaft aktiv an der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen beteiligen.

Die griechische Delegation machte von ihrem Recht auf Erwidern Gebrauch und wiederholte die offizielle These des griechischen Staates in Bezug auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien. Sie gab an, dass Griechenland die „muslimische Minderheit in (West)-Thrakien“ anerkennt und behauptete, dass es sich bei der Minderheit um eine religiöse Minderheit handelt, die Angehörigen der Minderheit viele Rechte haben und aktiv an den politischen Debatten beteiligt sind.

# ABTTF reichte beim Menschenrat der Vereinten Nationen eine schriftliche Erklärung ein

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat der 51. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UN) eine schriftliche Erklärung mit dem Titel „Eine weitere Verletzung der religiösen Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, Griechenland durch das Gesetz zur Modernisierung der Muftiate“ eingereicht. In ihrer schriftlichen Erklärung brachte die ABTTF mit Fokussierung auf das neue Gesetz, das im Juli 2022 vom griechischen Parlament verabschiedet wurde, die Frage der Muftis zur Sprache und stellte fest, dass die durch Verträge garantierte religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien unter dem Vorwand zur Modernisierung der Muftiate mit autonomer Struktur vollständig abgeschafft wird.



Die Gemeinschaft als Reaktion auf die Ernennung von Muftis durch den Staat seit 1990 ihre eigenen Muftis gewählt hat, erklärte die ABTTF, dass die gewählten Muftis, die vom Staat nicht anerkannt werden, wegen widerrechtlicher Usurpation des Mufti-Amtes strafrechtlich verfolgt und zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die ABTTF stellte fest, dass es heute in West-Thrakien eine duale Struktur gibt, nämlich die vom Staat anerkannten stellvertretenden Muftis und die von der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gewählten Muftis.

Die ABTTF unterstrich, dass die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien durch das Präsidialdekret Nr. 52/2019, das die Befugnisse der Muftis stark einschränkt, indem die Muftiate komplett ans griechische Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten angegliedert werden, erneut untergraben wurde, und fügte hinzu, dass das Oberste Verwaltungsgericht den eingereichten Antrag auf Aufhebung des besagten Dekrets abgelehnt hat.

Die ABTTF stellte fest, dass mit dem vom griechischen Parlament am 29. Juli 2022 angenommenen Gesetz mit dem Titel „Modernisierung der Muftiate“, das gegen die Bestimmungen des Vertrags von Athen von 1913 und des Vertrags von Lausanne von 1923 verstößt, bezwe-

ckt, die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien vollständig und offiziell abzuschaffen.

Die ABTTF betonte, dass das besagte Gesetz ohne vorhergehende Konsultation mit der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien ausgearbeitet wurde, und wies darauf hin, dass dieses Gesetz keine rechtliche Regelung über die Wahl der Muftis in Rodopi, Xanthi und Didymoteicho durch die dortigen Gemeinden vorsieht und es versucht wird, das Verfahren über die Bestimmung der Muftis in ein gemischtes System von Auswahl und Ernennung umzuwandeln. Die ABTTF wies darauf hin, dass der Staat beabsichtigt, die Muftiate vollständig zu kontrollieren, da das Gesetz nicht vorschreibt, dass sowohl Vertragsangestellte als auch Beamten, die in den Verwaltungsabteilungen der Muftiate arbeiten werden, muslimischen Glaubens und Angehörige der türkischen Gemeinschaft sein müssen.



Die ABTTF forderte Griechenland auf, sicherzustellen, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien ihr Recht genießt, ihre eigenen religiösen Oberhäupter gemäß dem Vertrag von Athen von 1913 und dem Vertrag von Lausanne von 1923 zu wählen, und das Gesetz mit dem Titel „Modernisierung der Muftiate“ und das Präsidialdekret Nr. 52/2019 aufzuheben.

## Mit dem neuen Gesetz wird die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien vollständig abgeschafft

Die ABTTF wies darauf hin, dass die religiöse Autonomie der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, die heute ca. 150.000 Personen zählt, durch den Friedensvertrag von Lausanne von 1923 garantiert wurde und fügte hinzu, dass Griechenland der türkischen Gemeinschaft nicht erlaubt, ihre eigenen religiösen Führer, i.e. Muftis zu wählen und die gewählten Muftis nicht anerkennt, und dadurch gegen den Vertrag von Athen von 1913 verstößt, bei dem es Vertragspartei ist.

Unter Hinweis darauf, dass die türkisc-

# Nationale Minderheiten in Europa und die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien waren die Besprechungsthemen bei dem Programm mit dem Titel „Fakten über unser Land“

Die neunte Folge der Online-Programmreihe mit dem Titel „Fakten über unser Land“ der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) wurde am 14. Juli 2022 ausgestrahlt.

Loránt Vincze, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) und Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), der der ungarischen Minderheit in Rumänien angehört, war Gast des neunten Programms.

Während des Programms, das von Deniz Servantie vom ABTTF-Brüsseler Büro moderiert wurde, beantwortete Vincze die Fragen über die aktuelle Situation der nationalen Minderheiten in Europa, die zu ergreifenden Schritten zum Schutz nationaler Minderheiten auf Ebene der Europäischen Union (EU), die europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack (MSPI)“, die von der FUEN koordiniert wurde, sowie die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien und die Minderheitenrechte in Griechenland aus einer breiteren Perspektive.

Vincze, der auch Co-Vorsitzender der Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im Europäischen Parlament ist, wies darauf hin, dass die Gemeinschaften, die sich durch ihre eigene Sprache und Kultur sowie ihre eigenen Bräuche und Traditionen von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden, als nationale oder autochthone Minderheiten definiert werden, und fügte hinzu, dass einige EU-Mitgliedstaaten, wie Griechenland, die nationalen Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen in keiner Weise anerkennen.

Unter Hinweis darauf, dass ca. 40 Millionen Menschen in Europa verschiedene Minderheitensprachen sprechen, sagte Vincze, dass den nationalen Minderheiten Möglichkeiten in diversen Bereichen eingeräumt werden sollen, wie Bildung in der Muttersprache, Finanzierung von Institutionen der nationalen Minderheiten und Vorhandensein von Minderheitenmedien sowie Sicherstellung der Erleichterungen für den Gebrauch der Minderheitensprachen



im öffentlichen Raum. Vincze hob hervor, dass die Situation in den EU-Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht unterschiedlich ist und wies darauf hin, dass während in Griechenland und Frankreich nationale Minderheiten nicht anerkannt würden, die Rechte der schwedischsprachigen Gemeinschaft in Finnland sowie die der deutschen und Ladinischen nationalen Minderheiten in der Region Südtirol in Italien stark geschützt sind.

Vincze führte aus, dass Griechenland den Begriff „muslimische Minderheit in Thrakien“ für die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien verwendet, was nicht akzeptabel sei, und wies darauf hin, dass Sprache und Religion zwei unterschiedliche Themen sind. Vincze unterstrich, dass Griechenland selbst bei der Vollstreckung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) bezüglich der Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien keine positiven Schritte unternommen hat, und fügte hinzu, dass Griechenland weit davon entfernt ist, Wiege der Demokratie zu sein, weil es grundlegende Standards für Minderheitenrechte nicht umsetzt.

Vincze sagte, dass die FUEN verschiedene Mittel angewandt hat, um den Druck auf Griechenland zu erhöhen, damit die Probleme der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gelöst werden können, aber dies nicht ausreichend war, und wies darauf hin, dass die europäischen Institutionen wie der Europarat oder die EU Druck auf Griechenland ausüben sollen.

Vincze erklärte, dass die MSPI, die von der FUEN koordiniert wurde, mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, starke Unterstützung für die Rechte, Kulturen und Sprachen der nationalen Minderheiten sicherzustellen,

und in diesem Zusammenhang viele verschiedene Forderungen in die Initiative aufgenommen wurden, und fügte hinzu, dass die MSPI ein Konzept wurde und sie trotz der Ablehnung der darin enthaltenen Legislativvorschläge durch die Europäische Kommission nun stärker und entschlossener sind. Vincze wies darauf hin, dass die EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland, Dänemark, Belgien, Italien und Ungarn die Initiative unterstützen und sagte, dass sie erwarten, dass sie bald den Fall in Bezug auf die Ablehnung der Initiative vor dem Europäischen Gerichtshof gewinnen werden.

Abschließend sagte Vincze, dass sie die Unterstützung der Sprachen und Kulturen nationaler Minderheiten fördern, die Teil des kulturellen Erbes Europas sind, und fügte hinzu, dass die EU nationalen Minderheiten sowie ihren Sprachen und Kulturen mehr Aufmerksamkeit schenken, und dies auch von Mehrheitsbevölkerungen unterstützt werden soll.



Das Programm in voller Länge, das gleichzeitig live auf YouTube-Kanal und Facebook-Seite von ABTTF ausgestrahlt wurde, ist unter folgenden Links verfügbar:

YouTube: [https://www.youtube.com/watch?v=UIO\\_oBSYXLU&t=146s](https://www.youtube.com/watch?v=UIO_oBSYXLU&t=146s)

Facebook: <https://www.facebook.com/939989616164959/videos/454795379825247>



# Das Ministerkomitee des Europarats ermahnte unser Land Griechenland erneut!

**ABTTF Präsident:** „Das Ministerkomitee ermahnt unser Land, indem es klarmacht, dass es bereit ist, neue Maßnahmen zu ergreifen, wenn es bis zum kommenden Dezember keine konkreten Schritte unternimmt. Aber trotz dieser Ermahnungen des Ministerkomitees beabsichtigt unser Land nicht, die EGMR-Urteile bezüglich dieser Fallgruppe zu vollstrecken. Von nun an sollte auch das Ministerkomitee diese Tatsache akzeptieren und in seinen zukünftigen Beschlüssen und Schritten klarer, entschlossener und härter sein!“

Das Ministerkomitee des Europarats hat in seiner Sitzung vom 08.-10. Juni 2022 die Nichtvollstreckung durch Griechenland die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus dem Jahr 2008 bezüglich der Vereine der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien, nämlich der Türkischen Union von Xanthi, des Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi und des Jugendvereins der Minderheit in der Präfektur Evros in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere geprüft.

Als der EGMR 2008 Griechenland wegen Verletzung der Vereinigungsfreiheit verurteilte, weil die Türkische Union von Xanthi geschlossen wurde und die Eintragungsanträge des Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi sowie des Jugendvereins der Minderheit in der Präfektur Evros abgelehnt wurden, prüft das Ministerkomitee seitdem die Entwicklungen in dieser Fallgruppe. In seinem Beschluss vom 10. Juni 2022 gab das Ministerkomitee an, dass obwohl mehr als 14 Jahre nach der Verkündung der EGMR-Urteile vergangen sind, die Wiederherstellung des alten Status in dieser Fallgruppe trotz der durch Griechenland durchgeführten Gesetzesänderung im Jahr 2017 noch immer nicht erfolgte.

Das Ministerkomitee unterstrich die Bedeutung der Vereinigungsfreiheit in einem demokratischen Staat und wies auf die bedingungslose Verpflichtung der beklagten Staaten gemäß Artikel 46(1) der Konvention hin, alle



Urteile vollständig und wirksam umzusetzen.

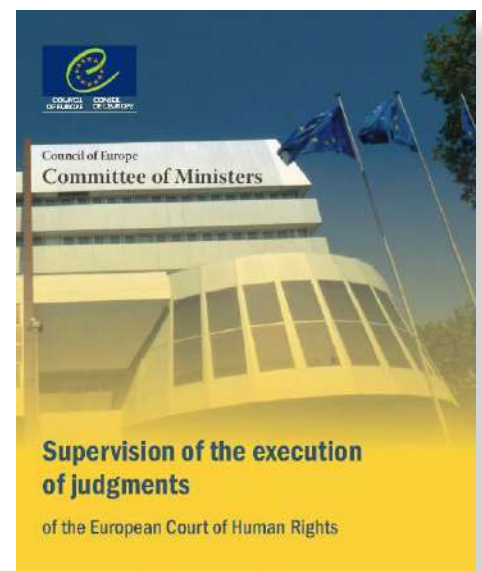
In Bezug auf das Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 29. Juni 2021, nach dem der Berufungsantrag der Türkischen Union von Xanthi abgelehnt wurde, brachte das Ministerkomitee sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Oberste Gerichtshof die Auflösung des Vereins trotz der klaren Begründungen des EGMR in seinem endgültigen Urteil rechtmäßig fand. Ferner äußerte das Ministerkomitee sein Bedauern darüber, dass die griechischen Behörden trotz der Konsultationsgespräche seines Sekretariats mit ihnen am 24. und 25. Mai 2022 über die Vollstreckung des EGMR-Urteils im Fall Türkische Union von Xanthi keine weiteren Maßnahmen oder Schritte zur Wiederherstellung der offiziellen Förmlichkeit des Vereins vorgeschlagen haben.

In Bezug auf die Berufungsanträge des Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi und des Jugendvereins der Minderheit in der Präfektur Evros, und die Anhörung darüber am 1. Oktober 2021 vor dem Obersten Gerichtshof, forderte das Ministerkomitee die Behörden erneut auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, damit das Gericht in Übereinstimmung mit dem Geist und der Schlussfolgerung der EGMR-Urteile sein Urteil darüber fällt.

Das Ministerkomitee beschloss, die Fallgruppe Bekir-Ousta und andere spätestens auf seiner Sitzung im Dezember 2022 erneut zu prüfen, und stellte fest, dass falls bis dahin keine konkreten Fortschritte erzielt werden sollten, es bereit ist, neue Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Griechenland seinen Verpflichtungen vollständig und wirksam nachkommt

„Das Ministerkomitee hat bezüglich der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere unser Land Griechenland erneut ermahnt. Aber ob es tatsächlich was bringt! Wie das Ministerkomitee feststellte, sind mehr als 14 Jahre nach der Verkündung der EGMR-Urteile vergangen, aber weder bei der Wiederherstellung der offiziellen Förmlichkeit Türkischen Union von Xanthi noch bei der Registrierung unserer nicht eingetragenen Vereine kein

Fortschritt erzielt werden konnte. Wir haben einfach nichts Konkretes! Die Gesetzesänderung im Jahr 2017 war ein Schritt unseres Landes, um vor dem Ministerkomitee Zeit zu gewinnen, da seit 2017 keine Maßnahmen ergriffen wurden. In diesen drei Fällen über Verletzung unserer Vereinigungsfreiheit hat das Ministerkomitee den Ton seiner Ermahnungen angesichts der anhaltenden Nichtvollstreckung der EGMR-Urteile durch unser Land angehoben, aber es versucht immer noch, unser Land davon zu überzeugen, die betreffenden Urteile zu vollstrecken, anstatt das Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, da unser Land seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag nicht nachkommt. Auch in seinem letzten Beschluss ermahnt das Ministerkomitee unser Land, indem es klarmacht, dass es bereit ist, neue Maßnahmen zu ergreifen, wenn es bis zum kommenden Dezember keine konkreten Schritte unternimmt. Aber trotz dieser Ermahnungen des Ministerkomitees beabsichtigt unser Land nicht, die EGMR-Urteile bezüglich dieser Fallgruppe zu vollstrecken. Von nun an sollte auch das Ministerkomitee diese Tatsache akzeptieren und in seinen zukünftigen Beschlüssen und Schritten klarer, entschlossener und härter sein!“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).



Der letzte Beschluss des Ministerkomitees bezüglich der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere ist unter folgendem Link verfügbar: [https://search.coe.int/cm/pages/result\\_details.aspx?objectid=0900001680a6cc94](https://search.coe.int/cm/pages/result_details.aspx?objectid=0900001680a6cc94)



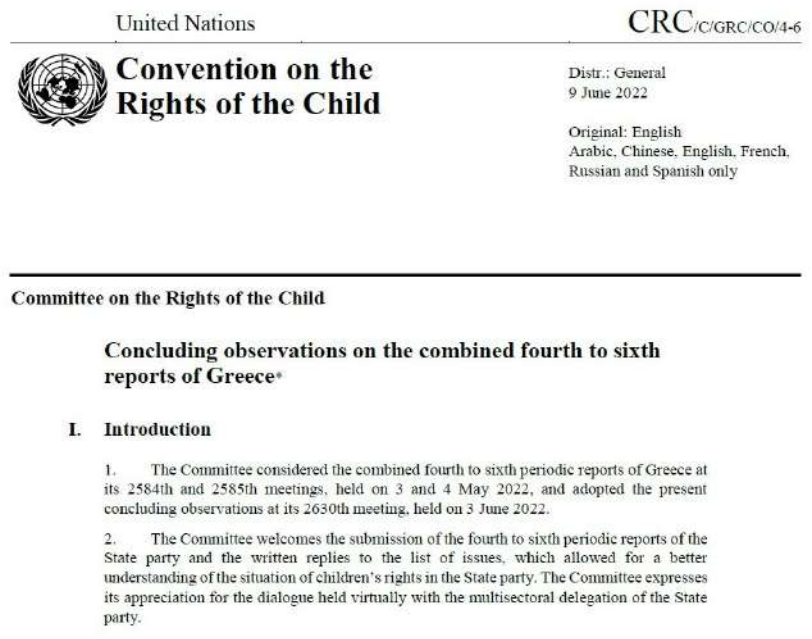
# UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes veröffentlicht seine abschließenden Bemerkungen zu Griechenland

Der Ausschuss für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (UN) hat seine abschließenden Bemerkungen zu unserem Land Griechenland veröffentlicht. Der Ausschuss hatte unser Land auf seiner 90. Sitzung vom 3. Mai bis 3. Juni 2022 geprüft.

In den abschließenden Bemerkungen, die Empfehlungen für unser Land enthalten, das Vertragspartei der UN-Kinderrechtskonvention ist, wird festgestellt, dass der Ausschuss um die anhaltende Diskriminierung und negativen Haltungen gegenüber den Kindern, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien angehören, besorgt ist, und diese Situation den Zugang der Kinder zu Bildung beeinträchtigt und ihren Zugang zu sozioökonomischen Rechten und Dienstleistungen einschränkt.

Der Ausschuss fordert unser Land auf, sicherzustellen, dass die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien über eine ausreichende Anzahl zweisprachiger Schulen mit griechischen und türkischen Lehrplänen verfügt und dort eine qualitativ hochwertige Bildung angeboten wird, und empfiehlt, dass die Kinder der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien gemäß Artikel 2, 14, 29 und 30 der Konvention eine qualitativ hochwertige Bildung in ihrer Muttersprache Türkisch neben der Amtssprache Griechisch erhalten.

Der Ausschuss fordert unser Land auf, ausreichende finanzielle, personelle und technische Ressourcen für die Entwicklung des Umfangs und der Kapazität der Vorschulerziehung bereitzustellen, und empfiehlt, ausreichende Anzahl zweisprachiger Kindergärten für die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien sicherzustellen.



Der Ausschuss weist auf die wichtige Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der Bereitstellung von Dienstleistungen für Kinder hin, und empfiehlt unserem Land, die Zusammenarbeit mit NGOs zu intensivieren, die die Kinder der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien vertreten, und sie sinnvoll in die Entwicklung, Umsetzung und Bewertung der Maßnahmen, Programme und Gesetze in Bezug auf Kinderrechte konstruktiv einzubeziehen.

Der Ausschuss empfiehlt auch, dass unser Land die Arbeit des Nationalen Rats gegen Rassismus und Intoleranz der Öffentlichkeit bekannt macht und sicherstellt, dass die NGOs, die die Kinder der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien vertreten, im genannten Rat vertreten sind.

Andererseits bringt der Ausschuss seine tiefe Besorgnis über die Politik unseres Landes zum Ausdruck, minderjährige Migranten und Migrantinnen zu Identifizierungszwecken festzuhalten, und

fordert unser Land auf, die Festnahme von Migrantenkindern unverzüglich zu beenden und die Überstellung von asylsuchenden Kindern und ihren Familien aus den Haftanstalten sicherzustellen.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hatte in den letzten Monaten einen Parallelbericht zu dem kombinierten periodischen Bericht unseres Landes für die vierte, fünfte und sechste Periode erstellt, und den dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes eingereicht. In ihrem Parallelbericht hatte die ABTTF die Probleme der Kinder der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien im Bildungsbereich ausführlich geschildert.

Die abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes zu Griechenland sind unter folgendem Link verfügbar: [https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC/Shared%20Documents/GRC/CRC\\_C\\_GRC\\_CO\\_4-6\\_48924\\_E.pdf](https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC/Shared%20Documents/GRC/CRC_C_GRC_CO_4-6_48924_E.pdf)

## Abhörskandal offenbarte den Einfluss des Schattenstaats in Griechenland auf die Regierungsführung des Landes

ABTTF Präsident: „Während in echten Demokratien nationale Minderheiten als Reichtum innerhalb einer multikulturellen und mehrsprachigen Struktur betrachtet werden, ist in unserem Land die Frage der nationalen Minderheiten und der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien tabu und wird als Bedrohung gegen die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung behandelt! Aus diesem Grund ist eine wahrhaftige demokratische Transformation im Lande politisch nicht möglich, weil der Schattenstaat bei diesen Angelegenheiten immer eine vorrangige und unbestreitbare Rolle hat!“

Der Skandal nimmt immer größere Ausmaße an, als bekannt wurde, dass Nikos Androulakis, Vorsitzender der PASOK-KINAL-Partei und Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP), und der Journalist Thanasis Koukakis vom griechischen nationalen Geheimdienst (EYP) telefonisch überwacht wurden.

In Bezug auf den Skandal, der zum Rücktritt des EYP-Direktors Panagiotis Kontoleon und des Generalsekretärs des Büros des Premierministers Grigoris Dimitriadis, führte, erklärte der Premierminister Kyriakos Mitsotakis, dass das Abhören der Telefone zwar legal erfolgt ist, aber politisch nicht akzeptiert werden kann, und fügte hinzu, dass dies ohne sein Wissen passiert ist.

Nach dem Statement von Mitsotakis wies die griechische Präsidentin Katerina Sakellariopoulou darauf hin, dass



der Grundsatz der Transparenz bei staatlichen Angelegenheiten ein Indikator für Demokratie ist und forderte eine gründliche Untersuchung der Angelegenheit sowie die Verbesserung der Funktionsweise von EYP. Die Präsidentin erinnerte daran, dass die aus Gründen der nationalen Sicherheit anzuwendenden Ausnahmeregelungen bei den Gesetzen über den Schutz der Privatsphäre verhältnismäßig und mit den Grundprinzipien des Rechts vereinbar sein müssen. Unterdessen stellte die Europäische Kommission fest, dass sie von der griechischen Regierung erwartet, dass sie eine sorgfältige Untersuchung der Sache einleitet.

Als Antwort auf die Äußerungen von Mitsotakis sagte Nikos Androulakis, dass seine Privatsphäre als Parteivorsitzender eindeutig verletzt wurde und fügte hinzu, dass Mitsotakis regelmäßig darauf verzichtet, Aussagen über das etablierte Schattenstaatsystems zu machen. Androulakis verlangte von EYP eine klare und eindeutige Aussage zu seiner Abhörung.

„Mit dem Skandal um die telefonische Überwachung von Androulakis und Koukakis wurde deutlich, dass unser

Land zwar scheinbar demokratisch ist, aber in Wirklichkeit ein anderes Gesicht hat. Der Abhörskandal, der aus Gründen der nationalen Sicherheit juristisch motiviert sein soll, missachtet die Grundsätze der Demokratie und des Rechtsstaats. In Anbetracht der Tatsache, dass der Geheimdienst EYP unter der Regierung der Neuen Demokratie direkt in den Verantwortungsbereich des Premierministers fällt, trägt er die Hauptverantwortung für diesen Skandal. Wenn wir annehmen, dass das Abhören ohne das Wissen von Mitsotakis stattfand, stellt sich die Frage, was die Kader, die wir den Schattenstaat nennen, sonst noch in unserer Region und in unserem Land unter den Bedingungen tun, unter denen der Geheimdienst einen Parteivorsitzenden ohne Wissen des Premierministers des Landes abhören kann. Wir sind uns bewusst, dass der Schattenstaat ein großes Hindernis für die Demokratisierung darstellt. Während in echten Demokratien nationale Minderheiten als Reichtum innerhalb einer multikulturellen und mehrsprachigen Struktur betrachtet werden, ist in unserem Land die Frage der nationalen Minderheiten und der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien tabu und wird als Bedrohung gegen die nationale



Sicherheit und öffentliche Ordnung behandelt! Aus diesem Grund ist eine wahrhafte demokratische Transformation im Lande politisch nicht möglich, weil der Schattenstaat bei diesen Angelegenheiten immer eine vorrangige und unbestreitbare Rolle hat! Die Regierung muss diesen Skandal ernsthaft



untersuchen, und es sollte ein Schritt in Richtung einer demokratischen Transformation der Regierungsführung des Landes sein“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

\*Foto: <https://haber.aa.com.tr/>

## Skandalöse Äußerung des zweiten stellvertretenden Präsidenten des griechischen Parlaments Athanasiou

ABTTF Präsident: „Was auch immer der Gedanke des Derwischs ist, ist es sein Gesang“, das heißt, der Mensch spricht aus, was er denkt. Wir werden als Bedrohung für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung im eigenen Land angesehen! Leider ist diese Wahrnehmung nicht auf Athanasiou beschränkt! Das ist die Mentalität des Staates, die Wahrnehmung in der heutigen Politik und die Sichtweise der Medien! Wir werden ausgegrenzt und als Bedrohung angesehen!“



Charalampos Athanasiou, Abgeordneter der Partei Nea Dimokratia und zweiter stellvertretender Präsident des griechischen Parlaments, gab eine skandalöse Erklärung ab. Athanasiou spielte auf die türkischen Abgeordneten an, die türkischer Gemeinschaft in West-Thrakien angehören, und sagte, dass, wenn derjenige, der kein orthodoxer Christ ist, aber eine völlig andere religiöse Orientierung hat, wie zum Beispiel ein muslimischer Abgeordneter aus Nordgriechenland, ein Nachbarland darüber informiert, wo Migranten ankommen werden, dieser Abgeordnete abgehört werden kann, da die nationale Sicherheit eine Priorität darstellt.

In einem Fernsehinterview sagte Athanasiou, dass es unter bestimmten Umständen legal sein kann, Abgeordnete abzuhören, und fügte hinzu, dass

gemäß Artikel 19 der griechischen Verfassung über das Kommunikationsgeheimnis die Vertraulichkeit aller Korrespondenz und Kommunikation unantastbar ist, in demselben Artikel jedoch die Gegebenheiten, unter denen die Justizbehörden aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht an diese Geheimhaltung gebunden sind, gesetzlich festgelegt sind. Als Beispiel für diese Situation spielte Athanasiou auf die türkischen Abgeordneten, die türkischer Gemeinschaft in West-Thrakien angehören, und dass er sagte, dass es möglich sein kann, diese Abgeordneten aus Gründen der nationalen Sicherheit legal abzuhören, schlug ein wie eine Bombe.

„Die Äußerung von Charalampos Athanasiou ist absolut skandalös! Ist Griechenland kein EU-Land, sondern eine Bananenrepublik!? Wie sollen wir Athanasious Äußerung verstehen? Werden unsere Abgeordneten im Parlament aus Gründen der nationalen Sicherheit abgehört, weil sie als Gefahrenquelle angesehen werden? Zunächst einmal bedeutet das legale Abhören aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht, dass dies legitim ist! Die Tatsache, dass At-

hanasiou unsere türkischen Abgeordneten im Parlament als Beispiel dafür anführt, wie Abgeordnete legal abgehört werden können, zeigt deutlich die Sichtweise zur türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien sowie zu unseren Abgeordneten, die unsere Gemeinschaft im Parlament vertreten, im Lande. ‚Was auch immer der Gedanke des Derwischs ist, ist es sein Gesang‘, das heißt, der Mensch spricht aus, was er denkt. Wir werden als Bedrohung für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung im eigenen Land angesehen! Leider ist diese Wahrnehmung nicht auf Athanasiou beschränkt! Das ist die Mentalität des Staates, die Wahrnehmung in der heutigen Politik und die Sichtweise der Medien! Wir werden ausgegrenzt und als Bedrohung angesehen! Außerdem werden wir nach Athanasious Äußerung als Spione betrachtet! Nach dieser Äußerung muss Athanasiou zurücktreten! Ich muss leider sagen, dass diese Wahrnehmung nicht auf Athanasiou beschränkt ist! Das ist die Mentalität des Staates, die Wahrnehmung in der heutigen Politik und die Sichtweise der Medien! Wir werden ausgegrenzt und als Bedrohung angesehen! Wir werden nicht als Teil dieses Landes betrachtet und nicht so behandelt! Und die Minderheitenpolitik des Staates von gestern bis heute spiegelt diese Mentalität und Haltung wider!“ sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).



# Wir verurteilen auf das Schärfste den rassistischen Angriff auf einen türkischen Jugendlichen in Xanthi!

Als ABTTF-Präsidium und -Familie verurteilen wir auf das Schärfste diesen rassistischen und abscheulichen Angriff auf unseren Jugendlichen und wünschen ihm und seiner Familie unsere besten Wünsche. Rassistische und durch Hass motivierte Angriffe auf die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien und ihre Angehörigen bedrohen die friedliche Atmosphäre in unserer Region und schadet dem friedlichen Zusammenleben. Wir fordern die Polizei auf, den Angriff sorgfältig zu untersuchen und möchten, dass die Täter unverzüglich gefasst und den Justizbehörden übergeben werden.

Am Abend des 26. August wurde in Xanthi, Griechenland ein 16 Jahre alter Jugendliche, der der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien angehört, von einer Gruppe von etwa 20 Jugendlichen angegriffen. Der türkische Jugendliche wurde von der Gruppe so schlimm zusammengeschlagen, dass er ins Kran-



kenhaus eingeliefert werden musste.

Laut lokalen Nachrichtenberichten schlugen die Angreifer gleichzeitig auf den türkischen Jugendlichen ein, indem sie „Dreckiger Türke, nächstes Mal bringen wir dich um“ riefen und ihn beschimpften. Es wurde berichtet, dass die Gruppe von 20 Jugendlichen den Tatort verließ, nachdem einige Bürger sich interveniert hatten.

Der türkische Jugendliche, der viele Verletzungen am Körper erlitten hatte, wurde nach dem Angriff von seiner Mutter in das staatliche Krankenhaus von Xanthi gebracht und nach der Behandlung nach Hause entlassen.

Laut der Tageszeitung Gündem wird die Familie des angegriffenen türkischen Jugendlichen den Fall vor Gericht bringen und Strafanzeige gegen die Angreifer stellen.

Als das Präsidium und die ganze Familie der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) verurteilen wir auf das Schärfste diesen rassistischen und abscheulichen Angriff auf unseren Jugendlichen und übermitteln ihm und seiner Familie unsere besten Wünsche. Rassistische und durch Hass motivierte Angriffe gegen die türkische Gemeinschaft in West-Thrakien und ihre Angehörigen durch Gruppen mit rechtsextremistischen Ideologien bedrohen die friedliche Atmosphäre in unserer Region und schadet dem friedlichen Zusammenleben. Wir fordern die Polizei auf, den Angriff sorgfältig zu untersuchen und möchten, dass die Täter unverzüglich gefasst und den Justizbehörden übergeben werden.

## ABTTF Newsletter

Der seit Mai 2005 herausgegebene ABTTF Newsletter erscheint in Türkisch, Griechisch, Englisch und Deutsch.

Der ABTTF Newsletter enthält die Themen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien von großer Bedeutung sind, aktuelle Ereignisse in West-Thrakien und Griechenland, die Tätigkeiten und Lobbyarbeit von ABTTF auf internationaler Ebene sowie die Aktivitäten der ABTTF Mitgliedsvereine, und spielt eine bedeutende Rolle bei der Bekanntmachung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien.

Der ABTTF Newsletter wird per Post nach Hause geschickt und kann auch von unseren Mitgliedsvereinen bezogen werden.

Um den ABTTF Newsletter per Post zu erhalten und für weitere Informationen zum Newsletter:

www.abttf.org  
+49 2302 913291

## ABTTF

### Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa  
Federation of Western Thrace Turks in Europe  
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τουρκόφωνων Δυτικής Θράκης  
Fédération des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

#### ABTTF Hauptsitz

Wemerstr. 2, D-58454 Witten, Deutschland  
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

#### ABTTF Brüsseler Büro

Square de Meeûs 38/40, B-1000 Brüssel, Belgien  
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Handy: +32 (0) 474 45 45 76

#### ABTTF Athener Büro

24 Lagoumitzi str., GR-17671 Athen, Griechenland  
Tel.: +30 (0) 211 109 72 33 - Handy: +30 (0) 694 467 36 61

E-Mail: info@abttf.org - www.abttf.org

Redaktionsleiter: K. Engin Soyylmaz Editor: Merve Öztiryaki